

Überraschung

Revidieren die Schweizer ihr Verhältnis zur Armee?

Wie erwartet haben am letzten Novemberwochenende Schweizer Volk und Stände das *Volksbegehren* „für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik“ deutlich abgelehnt; allerdings „weniger deutlich als erwartet“ (NZZ vom 27. November), denn bei einer sehr hohen Stimmbeteiligung von 68,8% stimmten immerhin 1 052 218 (35,6%) für das Volksbegehren und 1 903 797 (64,4%) dagegen. Am wenigsten Unterstützung fand das Volksbegehren im Bergkanton Uri mit nur 23,9%, am meisten in den beiden einzigen Kantonen mit Ja-Mehrheiten, Genf (50,4%) und Jura (55,5%).

Diese Volksabstimmung darf als in zweifacher Hinsicht einzigartig bezeichnet werden. Zum einen hatte *erst-mals* ein Volk Gelegenheit, sich über Beibehaltung oder Abschaffung seiner Armee auszusprechen; und zum andern ging es dabei insofern wirklich um die Armee des Volkes, als jeder Bürger aufgrund der Schweizer Verfassung militärdienstpflichtig ist. Diese Gegebenheit hatte ihre Auswirkungen auf den Abstimmungskampf wie das Abstimmungsergebnis, weil die Mehrheit der Bürger die Armee aus eigener Erfahrung kennt. Die Volksabstimmung bot so auch eine Möglichkeit, *Unmut über erfahrene Organisations- und Führungsmängel* zum Ausdruck zu bringen; in einigen kleineren Gemeinden des konservativen Kanton Wallis wurde sicher auch Ärger mit der Bundesverwaltung, die bei Verhandlungen mit Gemeindebehörden über militärische Einrichtungen nicht immer geschickt vorgegangen ist, geäußert.

Wohl wichtiger als die schlechten Erfahrungen mit Armee und Bundesbehörden dürfte sich ein *Mentalitätswan-*

del ausgewirkt haben. Zum einen hat die Entwicklung von Waffensystemen sogar den reichen Kleinstaat Schweiz an die ökonomischen Grenzen der Bewaffnung geführt. Darauf reagierte die politische und militärische Führung mit dem Konzept, alle Zweige der Verteidigung enger zu koordinieren und insgesamt als Gesamtverteidigung zu verstehen. Gegen diese Koordination, namentlich den Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung, wehren sich auch an sich eher konservative Frauen (Frauen können im Rahmen des „Militärischen Frauen-Dienstes“ [MFD] freiwillig Militärdienst leisten). Gegen den *Einbezug aller Seelsorger in die Gesamtverteidigung* ist der Widerstand weniger breit. Römisch-katholische und evangelisch-reformierte Seelsorger und Seelsorgerinnen werden vom Militärdienst befreit, können aber im Rahmen der Armee als „Feldprediger-Hauptleute“ Dienst leisten. Da in den letzten Jahren die Armeeseelsorge glaubhaft als seelsorgerlicher Dienst der Kirchen im Rahmen der Armee ausgestaltet wurde, war sie im Abstimmungskampf kein eigenes Thema. Nur am Rande thematisiert wurde die Einführung eines *Zivildienstes für Militärdienstverweigerer*, die heute noch alle militärgerichtlich belangt werden.

Zum andern dürfte vor allem bei der jüngeren Generation der *wachsende Widerspruch zwischen nationaler Identität und internationaler Wirklichkeit* eine erhebliche Rolle gespielt haben. Die Befürworter der Beibehaltung der Armee gingen in der Regel von der Annahme aus, daß die einzelstaatliche Eigenständigkeit ohne Verteidigungsbereitschaft gefährdet sei; den internationalen Aspekt bedachten sie meist nur unter der Rücksicht der seit dem Wiener Kongreß 1815 völkerrechtlichen Verpflichtung zur bewaffneten Neutralität. Bundesrat *Kaspar Villiger*, der Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes, erklärte am 27. November denn auch vor der Presse, die Schweiz habe sich mit dem Abstimmungsergebnis als sicherheitspolitisch verlässlicher Nachbar erwiesen. Die Befürworter der Abschaffung der Armee hingegen gingen mehr von

der internationalen Wirklichkeit und von der Annahme aus, die Schweiz könne ihre Eigenstaatlichkeit nur erhalten, wenn sie sich mit aller Kraft für eine umfassende Friedenspolitik einsetze und als Zeichen dafür die bisherigen Aufwendungen für die Armee der Friedensarbeit zugute kommen lasse.

Diese Mentalität wurde zweifelsohne von internationalen Entwicklungen und Vorgängen begünstigt. So erinnerten etwa die *katholische Nationalkommission Justitia et Pax* und die Kommission für soziale Fragen des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes an die Problematik eines Verteidigungskrieges unter heutigen Bedingungen: „Man kann nur dann überzeugt für die Armee eintreten, wenn man der Ansicht ist, daß sie nie eingesetzt zu werden braucht.“ Und nach der Abstimmung plädierten sie dafür, die *Diskussion über Ziele und Mittel der schweizerischen Friedenspolitik* weiterzuführen und zu vertiefen. Diese internationale Sicht wurde im Abstimmungskampf nie ernsthaft in Frage gestellt, weil vermutlich die Entwicklungen in Osteuropa, die Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über Beschränkungen im Rüstungsbereich Friedenshoffnungen als sehr viel weniger utopisch erscheinen lassen als noch vor wenigen Jahren.

Eine genaue Analyse des Abstimmungsergebnisses wird erst in einigen Monaten zu erwarten sein. Doch läßt sich heute schon sagen, daß es wesentlich damit zu tun hat, wie die Schweizer mit dem genannten Widerspruch zwischen national und international heute umgehen. Gewiß ist, daß die Schweizer Armee nach dieser Abstimmung wie zunehmend andere Armeen auch unter einem *neuen Legitimationsdruck* steht und daß militärische Vorhaben es politisch schwerer haben werden. Ungewiß ist, ob und wie das Abstimmungsergebnis andere Bereiche der Politik beeinflussen bzw. ob auch die Politik mit dem Widerspruch zwischen nationaler Identität und internationaler Wirklichkeit weiterhin pragmatisch und von Fall zu Fall umgehen wird. we